

WARUM IST Katastrophenvorsorge WICHTIG?

Menschen sind besser auf Erdbeben, Tsunamis, Wirbelstürme und weitere Katastrophen vorbereitet.

Häuser und Straßen sind stabiler und sicherer – Schäden werden erheblich verringert.

Vorsorge ist besser als Nachsorge: Jeder Euro, der in die Katastrophenvorsorge fließt, spart Kosten in der Nothilfe und beim Wiederaufbau.

Katastrophenvorsorge bereitet Menschen in Risikogebieten besser auf Naturkatastrophen vor. Das Ziel: Leid verhindern, bevor es geschieht – damit Erdbeben, Tsunamis, Stürme oder Dürren nicht zu humanitären Katastrophen werden

Einige Beispiele von ADRA Katastrophenvorsorge weltweit

PERU

Schneller sein als die Flut

Projekt-ID: 6160025

Gesamtkosten: 732.000 €

In den Städten Lima und Arequipa werden Notfallpläne entwickelt, um eine geordnete Evakuierung der Bevölkerung im Falle einer Katastrophe zu ermöglichen.

FIDSCHI

Gemeinsam Leben retten

Projekt-ID: 2810016

Gesamtkosten: 605.000 € Eigenanteil: 68.000 €

Um die Folgen der Katastrophen zu mildern, bereitet ADRA gemeinsam mit den Kirchengemeinden und den Menschen vor Ort Notfallpläne vor. Hilfsgüter werden vorsorglich bereitgestellt und gelagert.

INDONESIEN

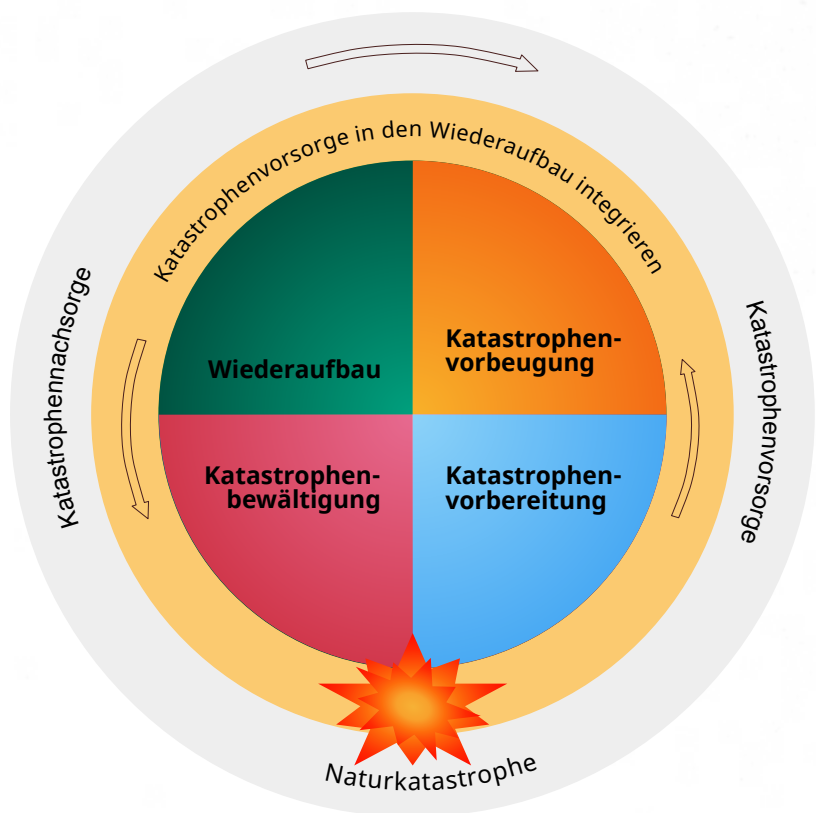
Vorbeugen ist besser als heilen

Projekt-ID: 3860015

Gesamtkosten: 1.100.000 €

Eigenanteil: 150.000 €

So wird im Ernstfall auch den Menschen in abgelegenen Gebieten schnell geholfen. Schutzteams werden darin geschult, Hilfe gezielt an Frauen und Kinder zu verteilen und sie vor möglichen Übergriffen zu schützen.



Quelle: Risikozyklus nach Dikau und Weichselgartner

Naturkatastrophen nehmen weltweit zu. Doch in welchem Land die Menschen besonders verwundbar sind, hängt nicht nur von der Stärke des Naturereignisses ab.

» Entscheidend sind vor allem die Lage des Wohnortes, die Infrastruktur und die verfügbaren Schutzmaßnahmen. Je höher das Ausmaß der Armut und Ungleichheit in einer Gesellschaft ist und je schlechter der Zugang zu Gesundheitseinrichtungen, desto gefährdeter sind die Menschen gegenüber Katastrophen. Die Bekämpfung von Hunger und Armut sowie die Förderung von Bildung und Gesundheit tragen dazu bei, das Risiko für Katastrophen zu reduzieren. Wenn wir gemeinsam mit unseren Partnern vor Ort

Frühwarnsysteme installieren, Notfallpläne erarbeiten und die Umwelt schützen, wirkt sich das positiv auf die gefährdeten Regionen aus und macht die Menschen widerstandsfähiger gegenüber Krisen. Vorsorge kann eine Katastrophe nicht verhindern, sie kann aber die Auswirkungen für die Menschen stark vermindern.

Katastrophenvorsorge in Deutschland?

MALI
Zusammen mit Kleinbauern an einer sicheren Zukunft arbeiten

Projekt-ID: 4930012
Gesamtkosten: 1.000.000 €
Eigenanteil: 100.000 €
Somit können sie ihre Ernteerträge und die Ernährungssicherheit in der Region steigern.

KENIA
Bis zur nächsten Ernte auskommen

Projekt-ID: 4360050
Gesamtkosten: 122.000 €
Eigenanteil: 55.000 €
Um zukünftig besser auf Katastrophen vorbereitet zu sein, entwickelt ADRA gemeinsam mit den Behörden und der Bevölkerung Notfallpläne.

MADAGASKAR
Mit leerem Magen sind alle Übel doppelt schwer

Projekt-ID: 4900021
Gesamtkosten: 1.450.000 €
Eigenanteil: 145.000 €
Mit dem Bau von Brunnen erhalten 68.000 Menschen Zugang zu sauberem Trinkwasser. Zudem lernen 7.500 Kleinbauern neue Anbaumethoden kennen



NINA ist die Notfall-Informations- und Nachrichten-App des Bundesamtes für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (BBK). NINA warnt Sie deutschlandweit vor Gefahren, wie z. B. Unwettern, Hochwasser und anderen sogenannten Großschadenslagen.

Unwetter, Naturgefahren, Extremereignisse können für Mensch und Umwelt schnell zur Gefahr werden. Aber auch der Klimawandel, extreme Bebauung, Stromausfälle und Brände bieten Gefahrenpotenziale.

» Von einer Katastrophe spricht man, wenn die Funktionsfähigkeit einer Gemeinschaft oder Gesellschaft beeinträchtigt oder unterbrochen ist und als Folge hohe menschliche, materielle, ökonomische und ökologische Verluste eintreten, die nicht allein bewältigt werden können.

Vorsorgemaßnahmen können dabei unterstützen, die Folgen und Auswirkungen der Katastrophe zu verringern. Je nach Gefahr und persönlichen Umständen können die zu treffenden Vorsorgemaßnahmen variieren.

Akteure in der Katastrophenvorsorge

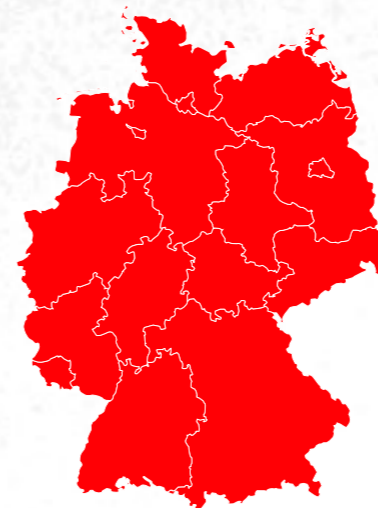
» Es existieren viele verschiedene Einrichtungen und Institutionen zur Gefahrenabwehr, Bevölkerungsschutz und Katastrophenvorsorge in Deutschland.

Neben Feuerwehren, Rettungsdiensten und den freiwilligen Hilfsorganisationen gibt es in Deutschland auch besondere Behörden und Organisationen wie beispielsweise das Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (BBK) oder das Technische Hilfswerk (THW).

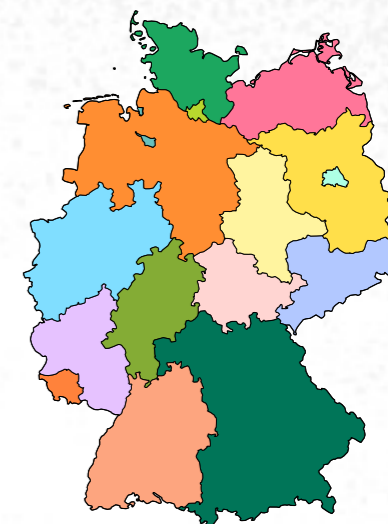
Bei größeren Krisen und Katastrophenlagen können Bundeskräfte wie das THW, die Bundespolizei und die Bundeswehr im Rahmen der Amtshilfe Unterstützung leisten.

Der Katastrophenschutz ist eine staatliche Aufgabe, für die die Bundesländer per Gesetz verantwortlich sind und die durch die Kreise und Kommunen wahrgenommen wird. Der Katastrophenschutz stellt Notfallpläne und Einsatzkontingente auf und sorgt im Katastrophenfall für eine entsprechende schnelle und zielgerichtete Hilfe für Menschen, Tiere und die Umwelt. In Deutschland arbeiten in einem Katastrophenfall unterschiedliche staatliche und öffentliche Akteure auf verschiedenen Ebenen sowie private Hilfsorganisationen zusammen. Das Grundgesetz regelt, welcher der Akteure wann zuständig ist:

Verfassungsrechtliche Grundlagen



Bevölkerungsschutz im Verteidigungsfall
(Art. 73 Abs. 1 Nr. 1 Grundgesetz)



Katastrophenschutz
(Art. 30,70 Grundgesetz)



der Bund



Katastrophenhilfe
(Art. 35 Grundgesetz)



die Länder



Gesetzliche Zuständigkeiten von Bund und Ländern in Zivil- und Katastrophenschutz. (Quelle: BBK)

» Im Zivilschutz (Verteidigungsfall) ist der Bund zuständig. Der Bund wird beispielsweise bei Terroranschlägen, Selbstverteidigung und CBRN-Gefahren (chemische, biologische, radiologische und nukleare Gefahren) tätig und unterstützt bei dem Schutz von Kulturgütern und kritischen Infrastrukturen.

» Die Länder hingegen sind für den Katastrophenschutz, d.h. den Unglücks- oder Katastrophenfall in Friedenszeiten verantwortlich. Zu Katastrophenfällen zählen Ereignisse wie beispielsweise Stürme, Waldbrände, Überschwemmungen, Verkehrsunfälle, lokale Industrieunfälle. Der Bund kann mit seinen Kräften und Mitteln Katastrophenhilfe leisten und die Länder unterstützen. Die Verflechtungen zwischen Zivil- und Kata-

strophenschutz werden durch das Zivilschutz- und Katastrophenhilfegesetz (ZSKG) geregelt. Demnach wirken Akteure des Katastrophenschutzes im Verteidigungsfall ebenfalls im Zivilschutz mit. Hierfür erhalten sie Ressourcen und ergänzende Ausstattung des Bundes, welche sie ebenfalls für den Katastrophenschutz einsetzen dürfen.

Zuständigkeiten und Terminologien im Katastrophenschutz können sich zwischen den Bundesländern unterscheiden, da diese über die Gesetzgebungskompetenz im Katastrophenschutz verfügen. Im Kern sind die Strukturen aber vergleichbar aufgebaut. Die Koordination und politische Verantwortung obliegt zunächst den Oberbürgermeister:innen oder Landrät:innen als Vertreter:innen der

zuständigen Katastrophenschutzbehörden vor Ort, unterstützt durch Katastrophenschutzstäbe und die jeweiligen technischen Einsatzleitungen. Bei Bedarf können auf höheren staatlichen Verwaltungsebenen oder auch länder- und/oder ressortübergreifende Krisenstäbe oder Koordinierungsgruppen gebildet werden.

Die kommunale Ebene überträgt operative Aufgaben im Katastrophenschutz privaten und öffentlichen Einheiten und Einrichtungen. Dazu zählen vor allem die Feuerwehren sowie die Hilfsorganisationen Deutsches Rotes Kreuz (DRK) und Organisation der Regieeinheiten/-einrichtungen der Katastrophenschutzbehörden (ARKAT). THW, Bundespolizei und Bundeswehr können dann im Rahmen der Amtshilfe unterstützen.

Vier Säulen einer nachhaltigen Hochwasservorsorge

1. Der technische Hochwasserschutz
Technischer Hochwasserschutz beinhaltet vor allem den Bau von Deichen, Mauern und Rückhaltebecken mit dem Ziel, Wasser zurückzuhalten bzw. das Überschwemmen von Siedlungs- bzw. landwirtschaftlich genutzten Flächen zu verhindern. Mit dem Bau großer technischer Anlagen ist oft die Hoffnung verbunden, dass Siedlungen zukünftig besser oder gar vollständig geschützt seien. Deiche vermitteln Bewohnern ein Gefühl der Sicherheit. Allerdings bieten Deiche und Mauern nur Schutz bis zu einem gewissen Grad, dem sogenannten Bemessungshochwasser, also dem maximalen Hochwasserereignis, den ein Deich abwehren kann. Bei einem größeren Hochwasser brechen Deiche oder werden überspült. Die Schäden können dann sogar höher ausfallen als ohne Schutz. In vermeintlich geschützten Bereichen kommt es häufig zu einer Zunahme der Bebauung.

2. Natürlicher Hochwasserschutz – Mehr Raum für Flüsse
Auen, also die Bereiche eines Flussufers, die regelmäßig überschwemmt werden, haben eine wichtige Hochwasserschutzfunktion. Sie können zusätzliche Wassermassen aufnehmen und damit die Überschwemmung lindern. Allerdings können Auen dies nur leisten, wenn die Wassermengen möglichst lange in der Fläche zurückgehalten werden. Dies können vor allem naturnahe Auen leisten.

Allerdings können in Deutschland aufgrund von landwirtschaftlicher Nutzung, Siedlungs- und Verkehrsinfrastrukturentwicklung nur noch ein geringer Teil der ursprünglichen Überflutungsflächen diese Ausweichmöglichkeit übernehmen.

3. Bau- und Flächenvorsorge.
Hier geht es um die Reduzierung der Anfälligkeit.

1. Ausweichen (also Häuser auf Stelzen bauen oder umsiedeln);
2. Widerstehen (Wasser am Eindringen ins Haus hindern z.B. durch mobile Schutzwände oder Rückstauklappen);
3. Nachgeben (angepasste Nutzung und Ausstattung bzw. Konstruktion von Gebäuden, z.B. durch Verwendung wasserresistenter Baumaterialien oder die Verlagerung von wertvollem Hausrat in höher gelegene Stockwerke);
4. Sichern (Schutz vor Kontaminationen der Gebäude und der Umwelt durch Schadstoffe, z.B. durch Verlagerung von Heizungssystemen und Öltanks in höhere Stockwerke).

4. Kompensation im Schadenfall – wer zahlt?
Selbst durch eine Kombination von technischer, natürlicher sowie Bau- und Flächenvorsorge können nicht alle Schäden vermieden werden – es bleibt ein „Restrisiko“. Wer die Kosten im Schadenfall trägt – die Betroffenen oder der Staat – ist in der Vergangenheit sehr unterschiedlich gehandhabt worden. Auch daher gewinnt die Forderung nach einer systematischen, flächendeckenden und planvollen Regelung der Schadenskompensation an Bedeutung.



Foto: © peterschreiber.media | stock.adobe.com

Hochwasserereignisse in Deutschland

Hochwasser ist in Deutschland kein neues Phänomen. Seit der Jahrtausendwende hat das Ausmaß und die Häufigkeit der Überschwemmungen jedoch zugenommen. Innerhalb weniger Jahren ereigneten sich mehrere Extremereignisse, die unsere Gegenwart und Zukunft belasten.

Jeder kann sich an die Flut 2002 erinnern, als die Elbe über ihre Ufer trat. Das Ereignis galt als das schwerste bis dahin registrierte Hochwasser. Damals dachte keiner daran, dass weitere Rekordhochwasser uns plagen würden. Im Jahr 2013 an der Elbe und an der Donau und schließlich im Sommer 2021 u.a. entlang zahlreicher kleineren Flüssen in der Eifel wurden weitere historische Pegelhochstände erreicht.

Vergleich

Alle Extremwetterereignisse brachten viel Leid und Verwüstungen mit sich. Die Elbflut versenkte im Sommer 2002 ganze Städte. 21 Menschen verloren ihr Leben. Das Wasser erreichte in Dresden an manchen Stellen einen Stand von 940 cm und übertraf alle bis dahin registrierten Wasserstände in Sachsen (mittlerer Wasserstand 150 cm). Die Schäden wurden auf

über 11 Milliarden Euro beziffert. Bei dem Hochwasser in Süd- und Ostdeutschland 2013 wurde in Passau ein Wasserstand von ca. 1300 cm gemessen (mittlerer Wasserstand 500 cm). Die Flut betraf in ähnlichem Ausmaß auch anderen Ländern entlang der Elbe und der Donau. Die Staaten Österreich, Tschechische Republik, Polen, Ungarn, Slowakei, Kroatien und Serbien erlitten ebenso schwere Schäden. In Deutschland beliefen sich die materiellen Verluste auf 10 Milliarden Euro. Bei dem Hochwasser sind 14 Menschen ums Leben gekommen.

Beide Fluten galten zu ihren Zeiten bereits als Jahrhundertkatastrophen.

Das Hochwasser vom Mitte Juli 2021 erreichte in Westdeutschland Verluste und Schäden in bisher unbekannter Höhe. Besonders betroffen waren die Bundesländer Rheinland-Pfalz und Nordrhein-Westfalen. Zahlreiche kleine Flüsse traten aus ihrem Bett und hinterließen eine Landschaft der Verwüstung. Die Behörden sprechen von einem Pegelstand zwischen 700 und 800 cm (mittlerer Wasserstand im Jahr liegt bei 58 cm). Die materiellen Schäden sind

enorm. Aktuelle Schätzungen zufolge werden mehr als 30 Milliarden Euro nötig, um Häuser, Verkehrsinfrastrukturen, Strom- Wasser, und Gasversorgung wieder herzustellen. Mit über 180 Toten ist es das tödlichste Hochwasserereignis der letzten 60 Jahren.

Vorsorgemaßnahmen können dabei unterstützen, die Folgen und Auswirkungen der Katastrophe zu verringern. Je nach Gefahr und persönlichen Umständen können die zu treffenden Vorsorgemaßnahmen variieren.

Fazit

Ein vollständiger Schutz vor Hochwasser, das zeigen die Ereignisse von 2002, 2013 und 2021, ist nicht möglich. Technischer Hochwasserschutz ist weiterhin erforderlich, um insbesondere größere Siedlungen zu schützen. Ein vollkommener Schutz kann jedoch durch ihn nicht gewährleistet werden. Rückdeichungen sind, wo möglich, voranzutreiben. Hier gilt es insbesondere, die Landwirtschaft für Flächenumnutzung entsprechend zu entschädigen. Private Vorsorge ist insbesondere dort sinnvoll, wo bislang kein oder nur geringer technischer Hochwasserschutz vorhanden ist.